

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 37 (1958)
Heft: 12

Rubrik: Chronik des Monats

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

sich für ihre Rechte wehren, und nie und nimmer darf sie sich widerstandslos der Macht des Faschismus fügen.»

Die einzige Staatsmaxime der Schweiz könne die Politik der Neutralität sein, die aber keineswegs gleichbedeutend sei mit der Gesinnungsneutralität des Bürgers. «Wir haben uns immer gegen eine derartige Gleichstellung gewehrt. Diese These, noch vor wenigen Jahren von bürgerlicher Seite schwer bekämpft, ist nach und nach durchgedrungen und heute zum Allgemeingut der politisch denkenden Schweizer geworden.»

Ausführlich beschäftigte sich Robert Grimm dann mit dem politischen Phänomen des Stalin-Hitler-Paktes. Damals wußte man noch wenig über dessen Hintergründe und konnte kaum ahnen, wie er ausgehen werde. Um so bewundernswerter ist die Klarheit der Grimmschen Analyse, der er heute manches hinzufügen könnte, an der er aber nichts ändern müßte. Denen, die im Überfall auf Finnland die «Befreiung des unterjochten finnischen Volkes» sehen wollten, rief er Lenins Wort in Erinnerung, daß kein Volk frei sein könne, wenn es selbst unterdrückt:

«Wer so argumentiert, kennt die Grundlagen, die Voraussetzungen und das Wesen der russischen Revolution nicht, jenen Charakter, der sich aus der Rückständigkeit des zaristischen Rußland und seiner feudalen Wirtschaft ergab. Wer so argumentiert, sieht geflissentlich an den *imperialistischen Zielen der Sowjetunion* vorbei... Nicht um einen Klassenkampf handelt es sich hier, wie viele meinen. Das Ziel des revolutionären Klassenkampfes ist die *Freiheit des Menschen, das Menschentum selbst*, die Beseitigung der geistigen und materiellen Unterdrückung des Arbeiters und der Völker. Bolschewismus und Nationalsozialismus kämpfen für die Vernichtung der Volksfreiheiten, für die Vernichtung der Bürgerrechte, für die Zerstörung der Kultur.»

Uns dünkt, daß diese ausgezeichneten Formulierungen verdient haben, zur Ehrung des Andenkens Robert Grimms der Vergessenheit entrissen zu werden.

CHRONIK DES MONATS

Innenpolitik

Am 7. Dezember fanden zwei eidgenössische Abstimmungsvorlagen Annahme durch das Volk. Volk ist zwar zuviel gesagt. Die eine Hälfte, die Frauen, haben bekanntlich noch immer kein Stimmrecht, und von der andern Hälfte blieb die schlechtere zu Hause, so daß sich nur 44 Prozent an der Abstimmung beteiligten. Das ist ein bedenkliches Zeichen für unsere Demo-

kratie und sollte den Parteien Anlaß geben, den Ursachen dieser Stimmfaulheit und des mangelnden staatsbürgerlichen Interesses nachzugehen. In einer direkten Demokratie kann etwas nicht stimmen, wenn dauernd die Hälfte der Bürger bei Volksentscheiden zu Hause bleibt.

Die *Kursaalinitiative* wurde mit 392 666 Ja gegen 262 812 Nein angenommen. Da es hier nicht mehr um eine grundsätzliche Entscheidung ging, sondern lediglich um die Frage der Erhöhung des Einsatzes bei Boulespielen von zwei auf fünf Franken, war der gegnerischen Kampagne zum vornherein der Schwung genommen. Die ganze Entscheidung drehte sich nur noch um eine Ermessensfrage, und da fand die Mehrheit der Stimmenden, es ließe sich diese Erhöhung rechtfertigen, nachdem beim Sport-Toto und bei der Landeslotterie die lötterlenden Schweizer ungleich größere Beträge einsetzen als in den Spielen der Kursäle, die ja ohnehin weit mehr von Fremden als von Einheimischen frequentiert werden. Manchem wird das Ja auch deshalb leichter gefallen sein, weil die Erhöhung der Einsätze eine Selbsthilfe des Fremdenverkehrs bedeutet und ein Viertel der Einnahmen aus diesen Boulespielen dem Fonds zur Deckung unversicherbarer Elementarschäden zu Hilfe kommt.

Größere Wellen schlug die Abstimmung über den *Spölvertrag mit Italien*. Die Vorlage wurde über Erwarten wuchtig mit 500 993 Ja gegen 165 556 Nein angenommen. Mit überzeugender Eindrücklichkeit erfolgte die Zustimmung des Kantons Graubünden und der Engadiner Gemeinden. Der Entscheid ist vom Gesichtspunkt eines rechtverstandenen Naturschutzes aus zu begrüßen. Die Einbuße, die der Nationalpark beim Spöl erleidet, wird mehr als aufgewogen durch die Gebietserweiterungen, die er dank dem Entgegenkommen der Engadiner Gemeinden erhält. Eine Verwerfung der Vorlage hätte zu einem sehr viel schwereren Verlust des Nationalparks geführt. Mit Italien wäre eine äußerst unangenehme Situation entstanden. Es hätte sein eigenes Spölwasser ableiten können, und die Schweiz wäre vor einem internationalen Schiedsgericht in keiner günstigen Position gewesen, nachdem sie selbst die Verständigungslösung mit Italien ausgeschlagen haben würde. Anderseits hätten die Engadiner Kraftwerke auf das ursprünglich geplante und zugestandene Projekt eines Stausees im Parkgebiet von Praspöl zurückgegriffen und dafür zweifellos die Konzession der Gemeinden erhalten; damit wäre ein sehr viel größerer Eingriff am Spöl erfolgt als jetzt mit dem viermal kleineren Ausgleichsbecken von Ova Spin. Außerdem hätten die Engadiner Gemeinden ihre Gebietsangebote zurückgezogen, und die S-charl-Reservation, einer der wertvollsten Teile des Nationalparks, wäre infolge Kündigung des Pachtvertrages von Seiten der Bürgergemeinde Schuls endgültig verloren gegangen. Der Entscheid vom 7. Dezember ermöglicht die Erhaltung des Nationalparks und sichert seinen Bestand durch eine bessere und klarere bundesrechtliche Regelung.

In den Reihen der sozialdemokratischen Fraktion der Bundesversammlung hat der Tod nochmals eine Lücke gerissen. Am 24. November starb in Hünibach bei Thun Nationalrat *Ernst Aebersold* im 71. Lebensjahr. Während vieler Jahre wirkte er im Kanton Bern als ausgezeichneter Lehrer und Schulinspektor. Schon in jungen Jahren schloß er sich der Sozialdemokratischen Partei an, die ihn später in die Behörden seiner Gemeinde und in der Folge auch in den Großen Rat und im Jahre 1947 in den Nationalrat abordnete, wo er sich vor allem kulturellen Fragen widmete. Besondere Verdienste erwarb sich der Verstorbene als überzeugter Abstinenz im Kampf gegen den Alkoholismus. Mit Ernst Aebersold ist ein überzeugter Sozialist, ein ganzer Mann und unermüdlicher Schaffer dahingegangen, dessen Andenken in der Arbeiterschaft lebendig bleiben wird.

Der Ausschuß des *Schweizerischen Gewerkschaftsbundes* wählte am 25. November als Nachfolger des verstorbenen Arthur Steiner *Hermann Leuenberger* zu seinem neuen Präsidenten. Mit dieser Wahl ist wiederum ein Mann an die Spitze der größten schweizerischen Arbeitnehmerorganisation gestellt worden, der dank seiner langjährigen Erfahrung als Zentralpräsident des VHTL und seiner Vertrautheit mit den wirtschaftlichen Problemen des Landes mit großer Sachkenntnis, Gewandtheit und Energie die Geschäfte des Gewerkschaftsbundes leiten und in den wirtschafts- und sozialpolitischen Auseinandersetzungen sowohl im Parlament wie bei den Verhandlungen mit den Unternehmerverbänden die Sache der Gewerkschaften mit Kompetenz verfechten wird.

In der Wintersession der eidgenössischen Räte ist es zu einer aufschlußreichen *Budgetdebatte* gekommen. Früher als man erwartete, haben sich die Voraussagen der Sozialdemokraten bewahrheitet, daß die Finanzvorlage vom 11. Mai dieses Jahres mit ihrem großen Steuergeschenk an die Millionäre keine solide Grundlage für einen geordneten Finanzhaushalt des Bundes bilden werde. Bereits das Budget für 1959 zeigt, daß die Reihe der «guten Jahre» vorüber ist. Der bisherige Einnahmenüberschuß von mehreren hundert Millionen Franken ist auf drei Millionen zusammengeschmolzen, und der Bund verfügt nicht mehr über die nötigen Mittel, um seine Aufgaben gerecht zu erfüllen. Die Subventionen übersteigen eine halbe Milliarde, die Militärausgaben machen rund eine Milliarde aus. Dabei sind große Ausgaben für Militärbauten und für Ersatzflugzeuge noch gar nicht inbegriffen. So sind die Behauptungen, die der freisinnige Finanzchef Streuli, die bürgerlichen Fraktionen und ihre Presse vor dem 11. Mai abgegeben haben, der Bund verfüge über genügende Finanzen, selbst für eine angemessene Schuldentlastung, und ein Steuerabbau auf großen Einkommen und Vermögen sei durchaus zu rechtfertigen, sehr schnell Lügen gestraft worden. Selbstverständlich war dies vorauszusehen; um so unverantwortlicher erweist

sich heute das Propagandageschwätz, mit dem die bürgerlichen Parteien das Volk auf den 11. Mai hin irregeführt haben. Die Versuche der Finanzkreise, auf Grund des mageren Budgets von 1959 im Bund nun eine unsoziale Sparpolitik durchzudrücken, wird zu scharfen Auseinandersetzungen führen, die bereits in der nationalrätslichen Debatte über die Vorlage zur Ausrichtung einer *Teuerungszulage an das Bundespersonal* und über die Revision der *Erwerbsersatzordnung* einen ersten Niederschlag gefunden haben. Die sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Vertreter gaben mit aller Deutlichkeit zu verstehen, daß sie sowohl einer reaktionären Lohnpolitik des Bundes wie allen Versuchen, die Sozialeinrichtungen zugunsten stets steigender Militärausgaben zu schmälern, entschiedenen Widerstand entgegensemzen werden.

Das politische Ereignis der Dezember-Session der eidgenössischen Räte bildete die *Ersatzwahl in den Bundesrat*. Wir hatten schon in unserer letzten Monatschronik auf die unerfreuliche Vorgeschichte derselben hingewiesen. In letzter Stunde stellte die BGB-Fraktion der Bundesversammlung mit dem knappen Resultat von 13 zu 11 Stimmen Prof. Dr. F. T. Wahlen als ihren einzigen Kandidaten auf. Von den großen Fraktionen erklärten die Sozialdemokraten einstimmig diese Nomination zu unterstützen, die Freisinnigen beschlossen bei einer großen Zahl von Stimmennhaltungen dasselbe, während die Katholisch-Konservativen ihre Stimme freigaben. Damit stand bis zuletzt die Möglichkeit eines Manövers mit einem «dritten Mann» offen. Von freisinniger Seite wurde versucht, die Kandidatur Wahlen zu torpedieren. Man bot den Sozialdemokraten an, eine Kandidatur Bratschi zu unterstützen, falls sie aufgestellt würde. Auch der Name von Nationalrat Walther Bringolf wurde genannt. Es wären also jetzt sozialdemokratische Kandidaten gut genug gewesen, um mit ihnen sehr durchsichtige, auf die nächsten Erneuerungswahlen des Bundesrates ausgerichtete Spekulationen des Freisinns zu verbinden. Daß man für solche «Annäherungsversuche» auf sozialdemokratischer Seite kein Musikgehör besaß, ist selbstverständlich. In der Bundesversammlung brauchte es zwei Wahlgänge. Um Siegenthaler, den ursprünglichen bäuerlichen Kandidaten, scharten sich jedesmal noch 45 Getreue, und vor ihm rangierte sogar noch sein Kollege in der bernischen Regierung, Nationalrat Gnägi, mit 68 Stimmen im ersten Wahlgang. Hätte Gnägi nicht sofort die Erklärung abgegeben, daß er nicht kandidiere, sondern die Bundesversammlung ersuche, dem qualifizierten Dr. Wahlen die Stimme zu geben, es hätte wahrscheinlich noch weitere Wahlgänge gebraucht, mit neuen Zufälligkeiten und Überraschungen. So wurde im zweiten Wahlgang Prof. Wahlen mit 125 gegen 110 Stimmen gewählt. Die Konservativen und die Mehrheit der Freisinnigen haben ihm die Zustimmung versagt; die einen weil sie offenbar befürchteten, Herr Wahlen könnte Herrn Holenstein aus dem Volkswirtschaftsdepartement verdrängen, die andern, weil ihnen ein Bundesrat mit dem Ruf eines «Planers» nicht ganz geheuer war und die

dritten schließlich, weil sie es ihm noch heute nicht verzeihen können, daß der damalige Ständerat Wahlen zusammen mit seinem Kollegen Dr. Klöti in der Ständekammer mit den politischen Propagandabüros des Bürgertums scharf abgerechnet hatte. Für den Bundesrat kann es nur ein Gewinn sein, in Prof. Wahlen eine Persönlichkeit zu erhalten, die weltoffenen Blick besitzt und internationales Ansehen genießt.

Soeben vernehmen wir beim Abschluß unserer Chronik, daß die Unterschriftensammlung für die *sozialdemokratische Initiative zur Verbesserung der AHV-Renten* mit dem sehr erfreulichen Resultat von 120 948 Unterschriften beendet worden ist. Das Ergebnis zeigt, wie stark in den Reihen der Arbeiterschaft das Bedürfnis nach Erhöhung der Altersrenten vorhanden ist. Etwas kleiner ist die Unterschriftenzahl für die *Gesetzesinitiative* ausgefallen, was zu erwarten war. Aber auch diese Initiative ist mit einer respektablen Zahl von 102 051 Unterschriften zustande gekommen. Eine gute Neujahrsbotschaft für die Alten und die Freunde der Demokratie! P. S.

Außenpolitik

Der Vorstoß Chruschtschows für die Änderung des Status der Stadt Berlin beherrscht momentan die Beziehungen zwischen den beiden großen Militärblöcken und stellt das deutsche Problem in den Vordergrund der internationalen Politik.

Die Forderung der russischen Regierung, nicht die ganze Stadt Berlin, sondern nur Westberlin als demilitarisierte Freie Stadt der Kontrolle der Vereinten Nationen zu unterstellen, ist in der Form eines auf sechs Monate befristeten Ultimatums den Westmächten überreicht worden. Westberlin ist für die Regierung Ulbricht-Grotewohl ein schweres Problem. Hunderttausende Personen, vor allem Intellektuelle und junge Arbeiter, haben die Deutsche Demokratische Republik durch das offene Loch Westberlin verlassen. Anderseits wird durch die Anwesenheit der Truppen der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Frankreichs innerhalb des Territoriums der DDR, ihre Versorgung aus dem Westen und ihre Beziehungen zur Bundesrepublik eine auf die Dauer untragbare Lage geschaffen. Die Russen möchten die Spaltung Europas und Deutschlands stabilisieren und das deutsche Problem den Deutschen überlassen. Sie sind überzeugt, daß die Kommunisten der DDR einer Wiedervereinigung Deutschlands auf der Grundlage von freien demokratischen Wahlen nie zustimmen werden. Solange Westberlin von den Truppen der Westmächte besetzt und durch die Politik der Bonner Regierung der NATO angegliedert bleibt, ist eine Stabilisierung der Lage in Zentraleuropa durch eine dauernde Teilung Deutschlands nicht möglich.

Für Chruschtschow ist die Erklärung Westberlins zur Freien Stadt bloß ein erster Schritt zur Eingliederung Westberlins in die DDR. Die Aufteilung der Stadt Berlin unter zwei verschiedene deutsche Staaten, die ihrerseits zwei feindlichen Militärblöcken eingegliedert sind, ist ohne Zweifel auf längere Sicht untragbar. Die Russen haben aber zusammen mit den anderen Siegermächten diesen Status geschaffen, und sie tragen die Hauptverantwortung für die Teilung Deutschlands in zwei Staaten. Aus der Spaltung der Stadtverwaltung und der öffentlichen Betriebe erwachsen der Bevölkerung Berlins Schwierigkeiten und ständige Schikanen. Eine Änderung des Status ist deshalb notwendig. Der Vorschlag Chruschtschows ist aber völlig unannehmbar. Er will nicht die Stadt wieder vereinigen und sie als Freie Stadt unter die Kontrolle der UNO stellen. Die Spaltung Berlins soll aufrechterhalten werden, Ostberlin soll als Bestandteil des Warschauer Paktes und als Hauptstadt der DDR weiterbestehen; nur Westberlin soll isoliert und entmilitarisiert werden. Das ist keine gerechte Lösung; sie begünstigt nur den Ostblock und eröffnet keine Perspektive auf die Wiedervereinigung Deutschlands. Das Problem der Stadt Berlin kann nicht für sich allein, von der deutschen Frage abgetrennt, gelöst werden, sondern nur durch die Wiedervereinigung der Stadt, und diese wiederum kann nur durch die Wiedervereinigung Deutschlands zustandekommen. Hätte Chruschtschow den Vorschlag unterbreitet, die ganze Stadt Berlin zu entmilitarisieren und als Freie Stadt zu vereinigen, mit freier Zufahrt zum Westen unter Kontrolle der UNO, so hätte dieser Plan als ein erster Schritt zur Wiedervereinigung Deutschlands diskutiert werden können. Chruschtschow ist klug genug, um zu wissen, daß seine Forderung unrealistisch, undurchführbar und unannehmbar ist.

Die Erneuerungswahlen für die Stadtverwaltung von Berlin, die am 7. Dezember stattfanden, erteilten Chruschtschow die eindeutige Antwort der Berliner Bevölkerung. Die Kommunistische Partei, die ihre Propaganda völlig frei zugunsten des Chruschtschow-Planes entfalten durfte, vereinigte nur 1,9 Prozent der Stimmberchtigten und verlor in den früheren kommunistischen proletarischen Stadtteilen am meisten Stimmen. Die Antwort der westlichen Mächte ist ebenfalls eindeutig. Die deutsche Sozialdemokratie und die Labour Party, die dem Rapacki-Plan als Grundlage für weitere Diskussionen zugestimmt haben, lehnten die Forderung Chruschtschows mit der gleichen Entschiedenheit ab wie die Regierungen Adenauer und McMillan. Der NATO-Rat, der in Paris tagte, bestätigte diese Einstimmigkeit.

Zwischen den Ablehnungen bestehen jedoch nicht unwesentliche Nuancen. Herr Dulles und der deutsche Kanzler wollen einfach jede Diskussion mit den Russen ablehnen, solange diese ihr Ultimatum nicht zurückgezogen haben. Die Regierung McMillan, die vor Erneuerungswahlen steht und über

die Stimmung des Volkes Bescheid weiß, will die Diskussion mit der russischen Regierung durch Gegenvorschläge der Westmächte zur Wiedervereinigung Deutschlands aufrechterhalten. Man spricht erneut von einer Gipfelkonferenz, und es scheint, daß Chruschtschow jetzt — nachdem Mao Tse-Tung, der ihn im Sommer veranlaßt hatte, die Forderung nach einer Gipfelkonferenz fallen zu lassen, als Staatsoberhaupt Chinas zurückgetreten ist — bereit wäre, eine solche abzuhalten. Mikojan soll bald nach den Vereinigten Staaten reisen, um das Gespräch, das Senator Humphrey in Moskau begonnen hat, in Washington fortzusetzen.

Die große Bedeutung der deutschen Frage im jetzigen Augenblick beweist die *Wichtigkeit des Rapacki-Planes für Zentraleuropa* und für die Entspannung zwischen Ost und West. Nach seiner Reise nach Oslo und seinen Besprechungen mit der Arbeiterregierung Norwegens hat der polnische Außenminister seinen Plan umgearbeitet. Er sieht jetzt Etappen vor, nicht nur für die Schaffung einer atomfreien Zone auf den beiden Seiten der Demarkationslinie zwischen Ost und West, sondern auch für die Reduktion der konventionellen Waffen sowohl auf dem Gebiet der beiden deutschen Staaten wie auf dem Gebiet Polens und der Tschechoslowakei, mit gemeinsamen strengen internationalen Kontrollen. Die Sowjetregierung hat dem NATO-Rat erneut Vorschläge unterbreitet für die Schaffung einer atomfreien Zone in Zentraleuropa, für einen Nichtangriffspakt zwischen der NATO und dem Warschauer Pakt sowie für einen Sicherheitspakt für Europa. Der Austritt der Bundesrepublik aus der NATO und der Austritt der Deutschen Demokratischen Republik, Polens und der Tschechoslowakei aus dem Warschauer Pakt würde eine wirkliche Einigung Europas vorbereiten und der internationalen Politik aus der Sackgasse helfen, die durch die Spaltung der Welt in zwei Militärblöcke entstanden ist.

In *Frankreich* brachten die Wahlen für das Parlament der V. Republik einen eindeutigen Sieg der reaktionären, faschistischen und kolonialistischen Kreise, die den Staatsstreich gegen die IV. Republik vorbereitet und durchgeführt hatten. Die wichtigsten Exponenten der IV. Republik wurden hinweggefegt. Dieses Resultat wurde jedoch nur durch das neue undemokratische Wahlgesetz und durch Wahlmachenschaften erreicht. Die Kommunistische Partei, die über anderthalb Millionen Wähler verlor, vereinigte die meisten Stimmen, nämlich 3 882 000, bekam jedoch nur 11 Sitze. Die gaullistische Partei Soustelles mit 3 603 000 Stimmen, das heißt 17,6 Prozent der Wähler, eroberte 188 Sitze, fast die Hälfte der Parlamentssitze des Mutterlandes! De Gaulle stellte sich als Kandidat für die Präsidentschaft der Republik und wurde gewählt. Aber die Finanz- und Wirtschaftsschwierigkeiten Frankreichs werden durch solche «Siege» nicht überwunden.

Der Krieg in Algerien dauert an, er verschlingt Milliarden Franken und kostet Tausende von Toten. Die Konferenz der Staaten von Asien und Afrika, die in Kairo und in Accra, im neuen Staat Ghana, stattfanden, haben die Zusammenarbeit der farbigen Völker und Nationen gefestigt. Guinea ist, unter Stimmenthaltung des beleidigten Frankreichs, in den Vereinten Nationen aufgenommen worden. Die Befreiungs- und Einigungsbewegung der Neger Afrikas geht vorwärts.

In Spanien hat die faschistische Regierung Francos eine Verhaftungswelle gegen Sozialisten, Gewerkschafter und linksbürgerliche Demokraten und Intellektuelle angeordnet. Die zahlreichen Verhaftungen und Folterungen durch die Polizeiorgane beweisen, wie stark der Widerstand der Arbeiterschaft, der Studenten und Demokraten gewachsen und wie sehr das Regime erschüttert ist.

Am 1. Januar 1959 tritt der *Gemeinsame Markt* der sechs Länder von Kleineuropa in Kraft, ohne daß die von England vorgeschlagene Freihandelszone der anderen Mitglieder der OECE zustande gekommen ist. Die Regierung de Gaulle hat den englischen Plan zum Scheitern gebracht und ihn definitiv abgelehnt. Eine Diskriminierung der sechs Staaten des Gemeinsamen Marktes gegenüber den anderen elf Staaten der OECE wird vom 1. Januar an stattfinden. Die Verhandlungen werden Mitte Januar innerhalb der OECE fortgesetzt. Es ist aber sehr wahrscheinlich, daß die elf Staaten wirtschaftliche Repressalien durchführen werden und daß unter den Staaten Westeuropas ein Zollkrieg beginnen wird. Die Konsequenzen können in einer Zeit der wirtschaftlichen Rezession für Westeuropa sehr schwerwiegend werden. An Stelle der ersehnten Einigung tritt eine neue Spaltung Europas in Erscheinung, von der nur die Sowjetunion profitieren kann.

Der Staatspräsident der Volksdemokratischen Republik *China*, Mao Tse-Tung, hat den Wunsch geäußert, von seinen offiziellen Funktionen befreit zu werden. Er bleibt der Führer der Kommunistischen Partei. Die Partei hat diesem Wunsch entsprochen. Mao hat eine starke Gesundheit, und seine Funktionen als Staatsoberhaupt haben ihm nicht viel Zeit und Mühe beansprucht; dieser Rücktritt hat zweifellos einen politischen Hintergrund.

Zwischen der russischen und der chinesischen Politik sind auf verschiedenen Gebieten größere Widersprüche entstanden. In seiner Rede vor dem Dezember-Plenum des Zentralkomitees der KP der Sowjetunion hat Parteisekretär Chruschtschow besonders die großen Erfolge der Liberalisierung der Politik der Sowjetregierung gegenüber der Bauernschaft gepriesen. Die Erhöhung der Preise für landwirtschaftliche Produkte, die Abschaffung der Traktoren- und Maschinenstationen und der Zwangsablieferungen der Bauern an den Staat, die Dezentralisierung der Landwirtschaft hätten unter anderem die Produktion stark gefördert.

In China hat die Kommunistische Partei gegenüber den Bauern eine entgegengesetzte Politik eingeslagen und die Volkskommunen gefördert, die einen viel stärkeren, ja «militärischen» Einsatz der Bauern bezwecken. Das Familienleben wird stark beeinträchtigt. Diese Umwandlung der Landwirtschaft des einzelnen Bauern in eine rein kommunistische Produktion und Lebensweise im Stil von Fouriers Phalanstère wird in der Sowjetunion mit Skepsis und Kritik betrachtet.

Die Kommunistische Partei Chinas befolgt in der internationalen Politik einen stalinistischen Kurs. Nach den Mißerfolgen der Liberalisierungskampagne der Jahre 1956 und 1957 und nach den Ereignissen in Ungarn begann eine heftige Kampagne gegen den «Revisionismus» und besonders gegen Tito und seine Partei. Diese Kampagne wurde in Ungarn, Bulgarien und Albanien besonders gern gesehen und nachgeahmt. Chruschtschow sah mit Verärgerung den wachsenden Einfluß Chinas auf die Satellitenstaaten Osteuropas. China stärkte die Gruppe Malenkow-Molotow-Bulganin gegen Chruschtschow. Mao Tse-Tung intervenierte, als Chruschtschow im Sommer 1958 Bemühungen für eine Gipfelkonferenz entwickelte; er verlangte von ihm den Verzicht auf eine Konferenz, an der China nicht vertreten sein sollte, und dieser Verzicht erfolgte damals tatsächlich. Kurz darauf begann die große Offensive der chinesischen Armee gegen die Küsteninseln Quemoy und Matsu. Die Gegenmaßnahmen der Vereinigten Staaten beweisen, daß die Pläne Chinas zu einem Weltkonflikt geführt hätten. Die große Aktion der chinesischen Regierung wurde abgebrochen. Rußland hat sicher zu diesem Abbruch beigetragen und die Provokation der Chinesen mißbilligt.

Ist Mao Tse-Tung der Inspirator dieser stalinistischen Abenteuerpolitik? Oder hat er sich gegen die Politik seiner Partei gewendet und sich für die Fortführung der liberalen Politik eingesetzt? Das läßt sich von hier aus noch nicht beurteilen. Nur die weitere Entwicklung der Politik der chinesischen Regierung und der Beziehungen zwischen Rußland und China wird über die persönliche Rolle Maos Klarheit schaffen können. Die sehr scharfen Angriffe Chruschtschows an dem letzten Plenum des kommunistischen Zentralkomitees gegen die parteifeindliche Gruppe Malenkow-Molotow-Bulganin sind sicher nicht nur gegen die Anhänger dieser Gruppe in der Sowjetunion gerichtet, sondern vielmehr gegen ausländische kommunistische Parteien. Auch im Ostblock herrscht keine Einheit.

JHD